

Vorlage der Stadt Speyer



Vorlagen-Nr.: 0075/2009

Abteilung: Hauptverwaltung

Bearbeiter/in: Ernst Müller

Haushaltswirksamkeit: nein

ja, bei

Produkt: 11200, 11140

Beratungsfolge	Termin	Behandlung	Beratungsstatus
Stadtrat	10.11.2009	öffentlich	endgültige Beschlussfassung

Betreff: Änderung der Hauptsatzung der Stadt Speyer

Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung empfiehlt dem Stadtrat, die beiliegende Novellierung der Hauptsatzung der Stadt Speyer zu beschließen.

Begründung:

Aufgrund diverser Änderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen ist es erforderlich, die Hauptsatzung der Stadt Speyer an diese neuen Gegebenheiten anzupassen. Auch Beschlüsse aus dem Stadtrat (Bezeichnung von Ausschüssen) und Empfehlungen aus dem Ältestenrat (z.B. Höhe der Aufwandsvergütung) wurden eingearbeitet.

Die Änderungen umfassen gegenüber der bisherigen Fassung im Wesentlichen:

- Bezeichnung "Beirat für Migration und Integration" statt "Ausländerbeirat"
- Höhe der Aufwandsentschädigung für die Ratsmitglieder (§ 4) - Festbetrag statt Prozentwert, abgerundet auf 230 €
- Konkretisierung über die Anforderung der Fraktionszuschüsse (neu: § 7 Abs. 2)
- Änderung der Bezeichnung "Haupt- und Stiftungsausschuss" (§ 8)
- Änderung der Bezeichnungen "Beschäftigte, Entgeltgruppen, TVöD" (§ 8, Nr. 2) entsprechend dem neuen Tarifvertrag
- Streichung/Neuaufnahme einiger Zuständigkeiten von Ausschüssen (§ 8)
- Erhöhung der Wertgrenze bei Grundstücksangelegenheiten, die der Haupt- und Stiftungsausschuss an Stelle des Rates beschließen kann, auf 10.000 € (§ 8)
- Durchgängige Anwendung der männl./weibl. Form

Die Änderungen sind im Satzungstext farblich abgesetzt und *kursiv* geschrieben.

Anlagen:

Satzungsentwurf

Hauptsatzung der Stadt Speyer vom xx.xx.2009

Der Stadtrat der Stadt Speyer hat aufgrund der §§ 24 und 25 der der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz (GemO) in der Fassung vom 31.01.1994 (GVBl. S. 153), geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 07.04.2009 (GVBl. S. 162), in Verbindung mit der Landesverordnung über die Aufwandsentschädigung für kommunale Ehrenämter vom 27.11.1997 (GVBl. S. 435), geändert durch Gesetz vom 26.11.2008 (GVBl. S. 294) und der Feuerwehr-Entschädigungsverordnung vom 12.03.1991 (GVBl. S. 85), geändert durch Verordnung vom 15.01.2009, (GVBl. S.44) in öffentlicher Sitzung am 10.11.2009 folgende Hauptsatzung beschlossen:

§ 1

Entschädigung für die Ausübung eines Ehrenamtes oder einer ehrenamtlichen Tätigkeit

- (1) Bürgerinnen und Bürgern, die ein Ehrenamt und Einwohnern, die eine ehrenamtliche Tätigkeit ausüben, werden die notwendigen baren Auslagen und der Verdienstaufschlag ersetzt. Der nachgewiesene Verdienstaufschlag wird nach Durchschnittssätzen ersetzt, deren Höhe vom Stadtrat festgesetzt wird. Der nachgewiesene Lohnausfall wird in voller Höhe ersetzt. Personen, die keinen Verdienstaufschlag geltend machen können, können einen Nachteilsausgleich erhalten.
- (2) Für die Ratsmitglieder, die Mitglieder der Ausschüsse und Unterausschüsse, des Ältestenrats und des *Beirates für Migration und Integration* gelten die Bestimmungen des § 4 dieser Satzung.

§ 2

Öffentliche Bekanntmachung

- (1) Öffentliche Bekanntmachungen der Stadt Speyer werden im Amtsblatt der Stadt Speyer und über die Internetpräsenz der Stadt Speyer - unter der Adresse: <http://www.speyer.de/de/rathaus/amtsblatt> - veröffentlicht. Die Tageszeitungen erhalten die Bekanntmachungstexte zur redaktionellen Verwertung.
- (2) Karten, Pläne oder Zeichnungen und die damit verbundenen Texte und Erläuterungen werden bei der Stadtverwaltung Speyer, Stadthaus, Maximilianstraße 100, zu jedermanns Einsicht während der Dienstzeit ausgelegt. Soweit durch Rechtsvorschrift eine öffentliche Auslegung vorgeschrieben ist und diese Rechtsvorschrift keine besonderen Bestimmungen enthält, sind Gegenstand, Ort (Gebäude und Raum), Frist und Zeit der Auslegung spätestens am Tage vor Beginn der Auslegung nach Abs. 1 öffentlich bekannt zu machen. Die Auslegungsfrist muss, sofern gesetzlich nicht etwas anderes bestimmt ist, mindestens sieben volle Werktage betragen. Besteht an dienstfreien Werktagen keine Möglichkeit der Einsichtnahme, so ist die Auslegungsfrist so festzusetzen, dass an mindestens sieben Tagen Einsicht genommen werden kann.
- (3) Die öffentliche Bekanntmachung ist durch den/die Oberbürgermeister(in) zu vollziehen. Eine Satzung erhält das Datum, unter dem der/die Oberbürgermeister(in) ihre Bekanntmachung unterzeichnet.
- (4) Die öffentliche Bekanntmachung ist mit Ablauf des Erscheinungstages des Amtsblattes vollzogen, in dem sie veröffentlicht worden ist. Bei den in Absatz 2 bezeichneten besonderen Bekanntmachungsformen ist die öffentliche Bekanntmachung mit Ablauf des Tages vollzogen, an dem die Auslegungsfrist endet.

§ 3 Ältestenrat des Stadtrates

Der Stadtrat der Stadt Speyer bildet einen Ältestenrat, der den/die Oberbürgermeister(in) in Fragen der Tagesordnung und den Ablauf der Sitzungen des Stadtrates berät. Das Nähere über die Zusammensetzung, die Aufgaben, den Geschäftsgang und die Vereinbarung von Redezeiten bestimmt die Geschäftsordnung für den Stadtrat.

§ 4 Aufwandsentschädigung für die Ratsmitglieder, die Mitglieder der Ausschüsse, des Ältestenrats und des *Beirats für Migration und Integration*

- (1) Die Ratsmitglieder erhalten zur Abgeltung der notwendigen baren Auslagen und der sonstigen persönlichen Aufwendungen, die mit der Wahrnehmung ihres Amtes verbunden sind, eine Aufwandsentschädigung.
- (2) Die Aufwandsentschädigung wird in Form eines monatlichen Grundbetrages und von Sitzungsgeldern gewährt.
- (3) Der Grundbetrag wird auf monatlich *230,00 €* *entsprechend* der Landesverordnung über die Aufwandsentschädigung für kommunale Ehrenämter in der jeweiligen Fassung festgesetzt. Die Fraktionsvorsitzenden erhalten den doppelten Grundbetrag.
- (4) Neben der Entschädigung nach Abs. 3 erhalten die Stadtratsmitglieder für Dienstreisen Reisekostenvergütung nach dem Landesreisekostengesetz. Für Fahrten zwischen Wohnung und Sitzungsort werden keine Fahrkosten erstattet.
- (5) Die Mitglieder der Ausschüsse und Unterausschüsse des Stadtrats (Ratsmitglieder und sonstige Bürger/innen), des Ältestenrats und des *Beirats für Migration und Integration* und Sachverständige im Sinne des § 35 Abs. 2 GemO erhalten für jede Sitzung, an der sie teilgenommen haben, ein Sitzungsgeld von 13,00 €.
- (6) Ein Verdienstausschlag wird nicht ersetzt. Nachgewiesener Lohnausfall wird in voller Höhe ersetzt.

§ 5 Beigeordnete und Geschäftsbereiche

- (1) Der/*die* erste und der/*die* zweite Beigeordnete sind hauptamtlich tätig.
- (2) Die Zahl der Geschäftsbereiche wird auf 3 festgesetzt.

§ 6 Aufwandsentschädigung des ehrenamtlichen Wehrleiters/der ehrenamtlichen Wehrleiterin, des Stellvertreters/der Stellvertreterin sowie der Kreisausbilder(innen) und der Einsatzkräfte

- (1) Die Höhe der Aufwandsentschädigung des ehrenamtlichen Wehrleiters/der ehrenamtlichen Wehrleiterin richtet sich nach der Feuerwehr-Entschädigungsverordnung. Es wird der jeweilige Höchstbetrag nach § 10 gewährt.

- (2) Der/die Stellvertreter(in) erhält die Hälfte der Aufwandsentschädigung des/der ehrenamtlichen Wehrleiters/Wehrleiterin.
- (3) Die Aufwandsentschädigung der Kreisausbilder(innen) richtet sich nach § 11 Feuerwehr-Entschädigungsverordnung.
- (4) Die Aufwandsentschädigung für Feuerwehrangehörige beträgt ab dem 01.01.2008:

bei allen Einsätzen
für die erste Stunde 6,50 €
für jede weitere Stunde 3,50 €

bei angeordneten Sicherheitswachen
für die erste Stunde 6,20 €
für jede weitere Stunde 3,10 €
- (5) Einsatzkräfte anderer Hilfs- und Fachdienste erhalten eine Aufwandsentschädigung nach Abs. (3), wenn durch eine gesonderte Vereinbarung die Zusammenarbeit im Sinne des Landesbrand- und Katastrophenschutzgesetzes geregelt wurde.

§ 7

Zuschüsse für die Fraktionen und Gruppen

- (1) Die im Stadtrat vertretenen Fraktionen erhalten zur Bestreitung ihrer Geschäftsführungskosten einen Zuschuss. Die Fraktionen und Gruppen erhalten je Ratsmitglied einen Betrag von 20,00 € monatlich. Zusätzlich erhält jede Fraktion einen Pauschalbetrag von 600,00 € jährlich.
- (2) *Die Fraktionszuschüsse werden jährlich von den Fraktionen unter Vorlage eines Verwendungsnachweises über die Ausgaben des Vorjahres angefordert.*

§ 8

Ermächtigung von Ausschüssen

- (1) Die Ausschüsse sind zuständig für die Vorberatung aller Angelegenheiten, über die der Stadtrat zu beschließen hat. Sie können für die Beratung bestimmter Angelegenheiten Unterausschüsse bilden.
- (2) Folgende Ausschüsse sind ermächtigt, nach § 32 Abs. 1 GemO in den nachstehend bezeichneten Angelegenheiten an Stelle des Rats zu beschließen:
 1. Haupt- und Stiftungsausschuss
 - 1.1 Allgemeine für die *Verwaltung der Stiftungen* verbindliche Richtlinien, ~~insbesondere Benutzungsordnungen (Hausordnungen) für Einrichtungen der Stiftungen mit Ausnahme des Altenheimes.~~
 - 1.2 Unbefristete Niederschlagungen von mehr als 5.000,00 € und Erlasse von mehr als 2.500,00 €

- 1.3 Erstmalig und wiederholte Verlängerungen der Frist zur Erfüllung von Bauverpflichtungen um insgesamt höchstens 2 Jahre, und zwar
- bei Wohnhausgrundstücken und
 - gewerblich genutzten Grundstücken bis zu einer Größe von 5.000 qm.

- 1.4 Bestellung von Grunddienstbarkeiten.

~~1.5 Alle Siedlungsangelegenheiten.~~

- 1.5 Die Ermächtigungen unter 1.3 *und* 1.4 gelten sowohl für Grundstücke der Stadt als auch der Stiftungen.

2. Personalausschuss

- 2.1 Zustimmung zur Ernennung der Beamten der Besoldungsgruppen A 9 bis einschließlich A 12 sowie die Entlassung der Beamten auf Probe des gehobenen Dienstes gegen deren Willen.
- 2.2 Einstellung und Eingruppierung von *Beschäftigten* der *Entgelt*gruppe 9 bis einschließlich *Entgelt*gruppe 12 *TVöD* sowie die Kündigung gegen deren Willen.

3. Sozialausschuss

~~3.1 Festsetzung der Heizungsbeihilfe im Rahmen der bewilligten Haushaltsmittel.~~

~~3.2 Festsetzung der Weihnachtsbeihilfe im Rahmen der bewilligten Haushaltsmittel.~~

- 3.1 Festsetzung des Zuschusses für Freizeitmaßnahmen für Behinderte.

4. Jugendhilfeausschuss

- 4.1 Festsetzung von Teilnahmebeiträgen für Kinderkurse, Kinderveranstaltungen, Ausflüge, Zeltlager, Walderholung, usw.

5. Bau- und Planungsausschuss

~~5.1 Erteilung des Einvernehmens der Gemeinde nach § 36 BauGB für Vorhaben nach §§ 31, 33 und 35 BauGB, über deren Zulässigkeit im Genehmigungsverfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) entschieden wird.~~

- 5.1 Stellungnahme der Gemeinde nach § 8 Abs. 5 Denkmalschutz- und -pflegegesetz.

~~5.2 Gestaltung der baulichen Maßnahmen der Stadt~~

- 5.3 Zustimmung der Gemeinde zur Ablösung der Stellplatzverpflichtung nach § 47 Abs. 4 LBauO.

- (3) Folgende Ausschüsse sind ermächtigt, nach § 32 Abs. 3 GemO in den nachstehend bezeichneten Angelegenheiten anstelle des Rates zu entscheiden:

1. Haupt- und Stiftungsausschuss

- 1.1 Grundstückserwerb und Grundstücksveräußerungen, wenn der Wert des Grundstücks im Einzelfall 10.000,00 € nicht übersteigt.
Diese Ermächtigung gilt sowohl für Grundstücke der Stadt als auch der Stiftungen.

§ 9
Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.
(2) Gleichzeitig wird die Hauptsatzung der Stadt Speyer vom 17.09.2004 in der Fassung der Änderungssatzung vom 21.12.2007 aufgehoben.

Speyer, den
Stadtverwaltung

Werner Schineller
Oberbürgermeister